



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der SPD: Schluss mit Mini-Mindestlohn – Arbeitsminister Laumann (CDU) hat gelernt – Der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) fordert höheren Mindestlohn!

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 27.11.2019

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Walter Riester, Wolfgang Clement, Franz Müntefering, Olaf Scholz, Andrea Nahles, Hubertus Heil. Meine lieben Genossinnen und Genossen, vielleicht haben sie den einen oder andere Namen schon einmal gehört. Die Personen sind bzw. waren Bundesarbeitsminister und Mitglied der SPD. In den letzten 21 Jahren haben sie 17 Jahre den Arbeitsminister gestellt und tun dies auch in der aktuellen Bundesregierung.

Wenn ich Ihren Antrag lese, muss ich feststellen, dass sie unserer schwarz-gelben Landesregierung mehr zu trauen als ihrem eigenen Minister oder ihrer eigenen Bundespartei. Das ehrt uns und die Halbzeit-Bilanz kann sich auch sehen lassen:

- niedrigste Arbeitslosenquote seit mehr als 25 Jahren
- niedrigste Langzeitarbeitslosigkeit seit über 10 Jahren
- erstmals seit Jahrzehnten liegt die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet unter 10 %
- Berufseinstiegsbegleitung gesichert
- mit der Initiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ integrieren wir mehr junge Geflüchtete in unseren Arbeitsmarkt
- mit dem neuen Ausbildungsprogramm haben wir landesweit 1.000 Ausbildungsplätze für junge Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen geschaffen

Die Liste ließe sich noch weiter fortsetzen.

Meine Damen und Herren,

die gute konjunkturelle Lage Deutschlands hat sich positiv auf den privaten Konsum ausgewirkt und große Zahlen von Entlassungen aufgrund des Mindestlohns verhindert. Fakt ist aber auch, und das verschweigen Sie in Ihrem Antrag, dass durch den Mindestlohn rund 60.000 Jobs nicht geschaffen wurden. Das ist das Ergebnis einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom September 2016. Sie können das gerne für die Folgejahre hochrechnen.

Und hier liegt auch der Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Liberalen: Wir wollen nicht nur Verbesserungen, für diejenigen, die es geschafft haben. Wir wollen auch den Menschen einen Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen, die es bisher nicht geschafft haben oder – aus welchen Gründen auch immer – in die Arbeitslosigkeit geraten sind. Hier müssen wir Hürden ab- und nicht aufbauen. Als NRW-Koalition gehen wir genau den Weg.

Was uns aber einen sollte ist, dass nicht der Staat die Löhne festzulegen hat, sondern die Tarifpartner. Sie fordern aber jetzt 12 Euro Mindestlohn. Die nächste Partei fordert dann 15 und die übernächste 20 Euro. Dann haben wir genau das, was bei der Einführung des Mindestlohns verhindert werden sollte: Einen politischen Überbietungswettbewerb.

Menschen die arbeiten, sollen am Ende des Tages mehr haben als die, die nicht arbeiten. Wir Freien Demokraten wollen aber keinen flächendeckenden Eingriff in die Tarifautonomie. Wir wollen auch keine politische Festsetzung von Löhnen, die ökonomische Grundsätze wie die Orientierung an der Produktivität außer Acht lässt. Mit unserem Modell des liberalen Bürgergeldes und der Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten können wir ein ausreichendes Einkommen sicherstellen – ohne in die Tariffreiheit einzugreifen.

Vielen Dank!